

Durch ein geplantes Hochhaus am Wiener Heumarkt ist das UNESCO-Weltkulturerbe der Wiener Altstadt gefährdet.

Neues Gutachten könnte Heumarkt-Turm zu Fall bringen

Am Wiener Heumarkt soll ein 66 Meter hoher Wohnturm gebaut werden. Weil sich dadurch das Stadtbild verändern würde, will die UNESCO der Wiener Innenstadt den Welterbe-Status absprechen. Die Projektgegner stützen sich nun auf ein neues Gutachten, das den Staat in der Pflicht sieht, sein Kulturerbe zu beschützen.

Seit dem Jahr 2012 wird über ein umstrittenes Bauprojekt am Wiener Heumarkt diskutiert. Dahinter steht der heimische Investor Michael Tojner mit seiner Firma Wertinvest, der den Spatenstich für 2021 ansetzt.

Tojner ist in der heimischen Bauzene kein Unbekannter. Er führt derzeit einen Rechtsstreit mit dem zukünftigen burgenländischen Landeshauptmann Hans Peter Doskozil (SPÖ), der Tojner vorwirft, zwei ehemals gemeinnützige Wohnbaugesellschaften durch Bilanztricks weit unter dem Wert erworben und so das Burgenland um 40 Millionen Euro geschädigt zu haben. Mit dem Bauprojekt am Wiener Heumarkt könnte Tojner Schätzungen zufolge bis zu 430 Millionen Euro Reingewinn machen. Auch hier hat er das Grundstück zu günstig erworben.

Neben einer Neugestaltung des auf dem Areal angesiedelten Wiener Eislaufvereins (WEV) plant Tojner, das in die Jahre gekommene InterContinental Hotel durch ein neues Hotelgebäude zu ersetzen. Daneben

soll ein 66 Meter hoher Wohnturm mit Luxuswohnungen entstehen, womit der neue Gebäudekomplex das alte InterContinental Hotel um 27 Meter überragen würde.

Daran stößt sich die Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation (UNESCO), deren Aufgabe es ist, die Natur- und



Wilhelm Molterer hat das Heumarkt-Areal verkauft.

Kulturgüter der Welt zu bewahren. Sie sieht das althistorische Wiener Stadtbild gefährdet und hat die Innenstadt auf die Rote Liste gefährdeter Welterbestätten gesetzt. Sollte das Hochhaus gebaut werden, könnte der im Jahr 2001 verliehene Status aberkannt werden.

Die Gegner des Wohnturmes berufen sich nun auf ein neues Gutachten des Verfassungsexperten Theo Öhlinger, das den Staat verpflichtet sieht, sein Welterbe zu schützen. Er weist auf einen



Neben dem neuen Hotel InterContinental (ganz links) wird ein 66 Meter hoher Wohnturm gebaut, der laut UNESCO das Stadtbild stört

Übersetzungsfehler in der „Welterbekonvention“ der UNESCO hin. Denn während im französischen Ursprungstext der Staat die „Pflicht“ (l'obligation) zum Schutz und zur Erhaltung seines Welterbes hat, ist in der deutschen Übersetzung nur abschwächend von „Aufgabe“ die Rede. Verbindlich sei aber laut Öhlinger der französische Originaltext, weshalb der Staat die Pflicht habe, das Welterbe zu schützen.

Der Generalsekretär der Natur-, Kultur- und Landschaftsschutzorganisation „Alliance for Nature“, Christian Schubböck, sieht diesen Übersetzungsfehler als Grund,

warum unser Land Probleme mit seinen Welterbestätten hat, etwa mit der Semmering-Region, die durch den Semmeringbasistunnel gefährdet sei. „Er wird der Region täglich rund 38 Millionen Liter Wasser seines natürlichen Wasserhaushaltes entziehen, obwohl die Region seit 1998 Weltkulturerbe

ist und somit von der Regierung verpflichtend geschützt werden müsste.“

Der Klubobmann von Jetzt (vormals Liste Pilz), Wolfgang Zinggl, der das Gutachten bei Öhlinger in Auftrag gegeben hat, sieht die Bundesregierung auch hinsichtlich des Wiener Heumarktes in der Pflicht. „Sie kann das Weltkulturerbe der Stadt nicht nur retten, sie muss es der Verfassung nach tun.“

Rechtzeitig vor der Wienwahl im nächsten Jahr stellen sich der FPÖ-Vizekanzler Heinz-Christian Strache und der ÖVP-Kanzleramtsminister Gernot Blümel demonstrativ gegen den geplanten Heumarkt-Turm. „Die Regierung wird alles tun, um den Weltkulturerbe-Status Wiens zu erhalten“, sagen die beiden. Blümel lässt nun das Öhlinger-Gutachten prüfen und hält sich „alle rechtlichen Schritte, bis hin zur Verfassungsklage“ offen.

Bei näherer Betrachtung des Falles kommen aber gerade ÖVP und FPÖ in Erklärungsnot. So wurde das 10.000 Quadratmeter große Grundstück im Jahr 2007 unter der schwarz-blauen Regierung zum Verkauf ausgeschrieben und ein Jahr

später vom Stadterweiterungsfonds unter dem ÖVP-Innenminister Wilhelm Molterer weit unter Wert um nur 4,2 Millionen Euro veräußert. In dem Fall prüft der Wiener Stadtrechnungshof, der sich bedeckt hält. Nach mehreren Weiterverkäufen ging das Grundstück 2012 um rund 55 Millionen Euro in den Besitz von Tojner über. Ob Tojner beim ursprünglichen Grundstücksverkauf 2008 schon involviert war, ist unklar. 2017 wurde das Areal im Wiener Gemeinderat für den Hochhausbau entsprechend umgewidmet, was den Wert des Grundstückes und den Gewinn für Tojner noch einmal steigen ließ.

Als Gewinner sieht sich auch der Wiener Eislaufverein. Er bekommt eine zusätzliche unterirdische Eishalle und hat mit 10.000 Quadratmetern fast doppelt so viel Eislauffläche wie bisher zur Verfügung. „Es wird ein moderner Eislaufplatz entstehen“, weiß Sprecher Peter Menasse.

Erfreut darüber zeigt sich auch der Erste Wiener Landtagspräsi-

dent Ernst Woller (SPÖ), der für die Stadt Wien mit der UNESCO verhandelt und hinsichtlich einer Aberkennung des Welterbes wenig Angst hat. „Derzeit stehen weltweit mehr als 50 Städte auf der Roten Liste des gefährdeten Welterbes. Das ist wie eine gelbe Karte, das heißt nicht, dass der Status verloren geht.“ Er verweist darauf, dass es mit dem



Strache will den Welterbestatus der UNESCO behalten.

Ringturm mit 73 Metern Höhe und dem im Jahr 2003 eröffneten City Tower Vienna (Justizzentrum Wien-Mitte) mit 87 Metern hier auch noch andere hohe Gebäude gebe. Auch damals habe die Errichtung zu einer Diskussion um die Aberkennung des Weltkulturerbes geführt.

Eine Aberkennung wäre für den Spartenobmann Tourismus und Freizeitwirtschaft in der Wirtschaftskammer Wien, Markus Grieffler, keine Tragödie. „Weltkulturerbe-Status zu haben, stellt eine große Ehre für eine Stadt dar, ist aber kein Muss.“ Wien habe viel zu bieten, zudem trage der Welterbestatus nicht zu einer Steigerung der Tourismuszahlen bei.



Jetzt-Klubobmann Wolfgang Zinggl sieht die Regierung in der Pflicht, das Welterbe zu beschützen.